

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt

Fachbereich der Politikwissenschaft

Seminar: Krisentheorie/Krisenpolitik

Sommersemester 2014

Leitung: Dr. Thorsten Thiel

Verfasser: Ruestem Michel Budrat

Studentischer Beitrag - reflexiver Zeitungskommentar zu:

Die Bundesregierung der BRD (2014): **Situation im Nahen Osten: Israel hat Recht auf**

**Selbstverteidigung**, in: Aktuelles, Pressemitteilung der Bundesregierung, URL:

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/07/2014-07-17-nahost-konflikt.html> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2014).

Es wirkt wie eine Farce, was diversen normativen Politikwissenschaftlern ein Rätsel darlegen sollte – die Pressemitteilung der Bundesregierung zur Thematik des Nahostkonfliktes, präziser der aktuellen israelischen Militäroffensive im Gaza-Streifen. Ausgerechnet am 18. Juli, genau einen Tag nach dem Geburtstag unserer Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel, simplifiziert die Stellungnahme der Bundesregierung den Nahostkonflikt und wirkt tendenziös, fast schon einseitig. Der langhaltende Konflikt der Palästinenser und Israelis offenbart uns brutale sowie inhumane Kriegsszenarien, die eine völkerrechtliche Diskussion entfacht und die deutsche Position ist eindeutig: „Deutschland steht an der Seite Israels, wenn es um die Selbstverteidigung geht“. Dementsprechend kristallisiert sich die Fragestellung heraus, ob die Stellungnahme der Diplomphysikerin Frau Dr. Merkel eine vertretbare und populäre Ansicht der deutschen Bevölkerung impliziert und ob konträre Meinungen überhaupt Anklang finden?

*„Ihr Markenzeichen ist ein einheitliches Profilbild: Einem Gesicht, bemalt mit der Flagge Palästinas, wird der Mund von einer israelischen Hand zgedrückt.“* So kommentiert der Berliner Kurier auf ihrer Online-Plattform die gegenwärtige Debatte der pro-palästinensischen Haltung innerhalb der sozialen Medien – eine gesellschaftspolitische Thematik, die aktuell in der Bundesrepublik Deutschland eine enorme politische Relevanz hat. Zeitnah finden in ganz Europa mehrere hunderte Protestbewegungen, welche sich gegen die militärischen Offensiven Israels aussprechen. Dies geht soweit, dass diese den ganzen Staat Israel kritisieren und sich eine teilweise rassistische Attitüde anbahnt. Die Kundgebungen in Deutschland seien so verstimmt, dass der Zentralrat der Juden den Demonstranten „Judenhass“ vorwirft. Eine politische und humanistische Krise, welche seit Jahrzehnten andauert. Der Krisenbegriff in dieser Tragödie ist in einer der vier typisierten Krisendefinitionen Kosellecks zu begreifen und zwar ist die Krise eine *„Dauer- oder Zustandskategorie, die gleichwohl auf einen Prozess, auf*

*ständig sich reproduzierende kritische Situationen oder entscheidungsschwangere Lagen verweist.*“ Der Fokus dieser Zeitungskommentierung involviert nicht die historischen Begebenheiten seit der Staatsgründung Israels und des sich daraus resultierenden kriegerischen Konfliktes, auch nicht in der Legitimierung der politischen Haltung der Bundesregierung, da diese ein politische und ethische Komplexität beinhaltet, welche auf die jüdisch-deutsche Historie zurückzuführen ist. Vielmehr kritisiert ein Mancher die Ignoranz und die Repression einer israelkritischen Haltung, welche auf medialer oder politischer Ebene zu erkennen ist. Die Pressemeldung der Bundesregierung das perfekte Beispiel dieses Phänomens. So ist es nicht verwunderlich, dass folgende Szenarien entstehen:

Plötzlich ist die Facebook-Präsenz der Tagesschau überfordert, postet am 20. Juli 2014 um 23:00 Uhr, dass Sie aufgrund der Masse von gleichen und vorformulierten Kommentaren, welche pro-palästinensisch sind, die Kommentare löschen und diese Kommentatoren blockiert werden. Dies erinnert an die Karlsbader Beschlüsse und wirkt teilweise wie Pressezensur. Frau Dr. Merkel bekräftigt die Selbstverteidigung und verurteilt die Raketenabschüsse der Hamas, exakt dies ist adäquat legitimierbar und politisch verständlich, denn dass die Hamas eine Terrororganisation ist, sollte als unumstritten deklariert werden. Allerdings kein Wort über die Dimensionen der Toten, die radikale und nationalkonservative Gesinnung des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu und der aggressiven israelischen Militärpolitik zu entsenden, dies ist für viele unverständlich. Befinden wir uns in einem Zustand des Schlafes, sind wir wieder der „Deutsche Michel“?

Christopher Meiller formuliert in „Mediale Autonomien? – Kommunikationsphilosophische Anfragen zur medialen Kriegs- und Krisenberichterstattung“ folgende Realität:

*„Die Problematisierung des Verhältnisses von politisch-militärischem Krisenfall und medialer Berichterstattung präsentiert sich als Konstante des (post-)modernen Mediendiskurses“.* Würden deutsche Institutionen auf medialer oder politischer Ebene hier entgegenwirken und differenzierter an den Nahostkonflikt gehen, ohne Angst und mit Courage zu handeln, so würde dies deeskalierend für den Öffentlichen Diskurs wirken, da eine breite politische Haltung (nämlich die pro-palästinensische) repräsentiert wäre. Dies kann de Facto demokratie- und diskussionsfördernd wirken und den Fauxpas einer fehlenden und postdemokratischen Repräsentativität verhindern.

So wäre den vielen jungen muslimischen Deutschen mit oder ohne Migrationshintergrund eine Stimme verliehen und eine sich anbahnende antisemitische Atmosphäre präventiv verhindert, denn ein öffentlich-politischer Diskurs involviert immer eine politikwissenschaftliche, normative, moralphilosophische, soziologische und allgemeine Bildung, was unabwendbar einseitigen und unbedachten Rassismus bekämpfen würde. Es würde Deutschland ein attraktiveres sowie demokratischeres Gesicht geben, da letzten Endes kosmopolitischen und humanistischen Normen keine Untaten unserer Zeit symbolisieren.